

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einleitung	1
Erstes Kapitel - Das System eines festen Stammkapitals	5
I. Grundzüge des Systems eines festen Stammkapitals	5
II. Grundsatz der Finanzierungsfreiheit im System des festen Kapitals	7
III. Überblick über die Formen der Finanzierung	9
1. Eigenkapital	9
2. Fremdkapital	11
2.1. Allgemeines	11
2.2. Gesellschafterdarlehen	11
a) Deutsches Recht	12
b) Polnisches Recht	14
IV. Das Konzept eines festen Stammkapitals im Wandel	16
1. Rechtsprechung des EuGH	16
2. Auswirkungen der EuGH-Rechtsprechung: Wettbewerb der Rechts- ordnungen	17
Zweites Kapitel - Das Institut eines gesetzlichen Mindeststammkapitals in der Reformdiskussion	21
I. Zur Bedeutung des gesetzlichen Mindestkapitals	21
1. Funktionen des Mindestkapitals	21
2. Die Höhe des Mindestkapitals	24
II. Kritik am Mindestkapital	25
III. Legitimation des gesetzlichen Mindestkapitals	29
IV. Das Kapitalschutzsystem ohne gesetzliches Mindestkapital	32

V. Alternative Schutzmechanismen: Solvenztest	34
1. Allgemeines	34
2. Vor- und Nachteile des Solvenztests.....	35
VI. Erkenntnisse der Reformdiskussion für die Regelung des Mindeststammkapitals in Deutschland und in Polen	39
1. Gründe und Ziele der gesetzlichen Reformen.....	39
2. Änderungsvorschläge der Bestimmungen zum Mindeststammkapital.....	39
2.1. Deutschland.....	39
2.2. Polen.....	41
3. Abschließende Änderungen der Bestimmungen zum Mindeststammkapital	44
3.1. Deutschland	44
3.2. Polen.....	45
VII. Reformvorschläge und Reformergebnisse in Deutschland und in Polen.	
Zusammenfassende Bewertung.....	46
1. Das alternative Modell (Solvenztest).....	46
2. Die Unternehmersgesellschaft (haftungsbeschränkt).....	49
2.1. Grundgedanke der Errichtung der UG (haftungsbeschränkt)	49
2.2. UG (haftungsbeschränkt) und GmbH: Wettbewerb der Modelle	50
2.3. Finanzielle Ausstattung der UG (haftungsbeschränkt)	52
a) Freigabe der Stammkapitalziffer. Die Pflicht zur Rücklagenbildung.....	52
b) Ausschüttungsgrenze	54
2.4. Die UG (haftungsbeschränkt) in der Praxis	55
3. Die Herabsetzung des Mindeststammkapitals	56
3.1. Ziele der Herabsetzung.....	56
3.2. Praktische Probleme der Herabsetzung.....	59
 Drittes Kapitel - Zentrale Elemente des Rechts der Kapitalaufbringung	 61
I. Einführung	61
II. Das Institut des Stammkapitals.....	61
III. Grundregeln der realen Kapitalaufbringung	63
1. Allgemeines.....	63

2. Verbot der Befreiung.....	64
3. Aufrechnungsverbot.....	66
3.1. Verbot der Aufrechnung durch einen Gesellschafter.....	66
3.2. Aufrechnung durch die Gesellschaft und Aufrechnungsvertrag.....	68
4. Verbot der Unterpari-Ausgabe.....	70
5. Das Erfordernis der freien Verfügbarkeit über den Gegenstand der Einlage	71
5.1. Begriff	71
5.2. Freie Verfügbarkeit in der Regelung des GmbH-Gesetzes.....	72
5.3. Freie Verfügbarkeit in der Regelung des KSH	74
IV. Teileinzahlungskonzept versus Volleinzahlungskonzept.....	75
1. Überblick.....	75
2. Zeitlicher Rahmen der Kapitalaufbringung	76
3. Teileinzahlungsregel, Erfordernis der freien Verfügbarkeit und Auswirkungen auf die Kapitaldeckung.....	77
4. Vollständige Erfüllung der Einzahlungspflicht in der Konzeption der Teileinzahlung.....	79
5. Reale Kapitalaufbringung auch bei der Teileinzahlungsregel? Zur Inkonsistenz vom Grundsatz der realen Kapitaldeckung und der Konzeption der Teileinzahlung	80
6. Eingeschränkte Aussagekraft der Funktion des Stammkapitals als Seriositätsschwelle in der Konzeption der Teileinzahlung.....	81
7. Sicherstellung vollständiger Kapitalaufbringung in der Konzeption der Teileinzahlung: Ausfallhaftung der Gesellschafter.....	82
8. Wettbewerbsvorteile der Teileinzahlung	84
9. Lässt der Wettbewerb der Rechtsordnungen den Übergang zur Konzeption der Teileinzahlung im polnischen Recht rechtfertigen?	86
V. Allgemeine Einzahlungsmodalitäten.....	87
1. Anmeldung der Gesellschaft ins Handelsregister	87
1.1. Bedeutung der Anmeldung.....	87
1.2. Angaben zur Aufbringung des Stammkapitals (formelle und materielle Voraussetzungen der Anmeldung).....	87
1.3. Aufnahme des Geschäftsbetriebs vor der Anmeldung.....	88

2. Zurückfließen von eingezahlten Geldern im Rahmen von Darlehen an den Gesellschafter	90
2.1. Problemaufriss.....	90
2.2. Behandlung der Fälle des sog. Hin- und Herzählens im Rahmen von Darlehen an den Gesellschafter nach altem Recht.....	92
2.3. Behandlung der Fälle des sog. Hin- und Herzählens im Rahmen von Darlehen an den Gesellschafter nach dem MoMiG.....	93
a) § 19 Abs. 5 GmbHG.....	93
b) Reichweite der Erfüllungswirkung	95
c) Ansprüche der Gesellschaft bei (Rück-)Zahlungsunfähigkeit des Gesellschafters trotz eingetretener Erfüllungswirkung.....	98
2.4. Darlehensgewährung: Kürzung des Umgehungsschutzes im Recht der Kapitalaufbringung?.....	99
VI. Spezielle Regelungen für Sacheinlagen.....	101
1. Überblick	101
2. Taugliche Gegenstände der Sacheinlage.....	103
2.1. Allgemeines.....	103
2.2. Ungeeignete Vermögensgegenstände: Einräumung schuldrechtlicher Ansprüche gegen den Gesellschafter	105
a) Dienstleistungsverpflichtung.....	105
b) Zusage des Gesellschafters auf Leistung der Einlage.....	106
c) Ausnahmefall: Einräumung eines obligatorischen Nutzungsrechts	108
2.3. Weitere Kriterien einlagefähiger Vermögensgegenstände	109
a) Bilanzierungsfähigkeit	110
b) Übertragbarkeit. Einzelverwertbarkeit?.....	112
3. Differenzausgleichspflicht	115
3.1. Allgemeines.....	115
3.2. Die Regelung der Ausgleichspflicht im GmbH-Gesetz.....	116
a) Inhalt der Haftung	116
b) Bewertungszeitpunkt.....	117
c) Bewertungsmaßstab	118
3.3. Die Regelung der Ausgleichspflicht im KSH	119
a) Ausgleichspflicht des Gesellschafters wegen mangelhafter Sacheinlage.....	119

aa) Inhalt der Haftung	119
bb) Bewertungsmaßstab	121
cc) Bewertungszeitpunkt.....	122
b) Ausgleichspflicht des Gesellschafters wegen Überbewertung der Sacheinlage.....	124
3.4. Zusammenfassende Bewertung.....	125
a) Differenzhaftung im Gesamtregelungskonzept des Kapitalaufbringungsrechts.....	125
b) Differenzausgleichspflicht und Folgen für den Haftungsumfang des Gesellschafters.....	126
3.5. Sonderfall: Ansprüche der Gesellschaft aus der Differenzhaftung gemäß § 9 Abs. 1 GmbHG und die Ausfallhaftung der Gesellschafter gemäß § 24 GmbHG	128
VII. Umgehungsschutz.....	131
1. Allgemeines.....	131
2. Sacheinlagen und das Umgehungsproblem im deutschen Recht.....	132
2.1. Die Lehre von der verdeckten Sacheinlage bis zu Verabschiedung des MoMiG	133
a) Analoge Anwendung des § 19 Abs. 5 GmbHG	133
b) Fallgruppen	134
c) Subjektive Voraussetzungen	135
d) Rechtsfolgen.....	136
e) Heilung	137
2.2. Verdeckte Sacheinlage nach MoMiG	139
a) Tatbestand und Rechtsfolgen der verdeckten Sacheinlage nach § 19 Abs. 4 GmbHG	139
b) Die Änderungen im Recht der Sacheinlagen in kritischer Würdigung des Schrifttums	143
aa) Legalisierung der verdeckten Sacheinlage.....	143
bb) Anrechnungslösung.....	145
c) Legalisierung der verdeckten Sacheinlagen im MoMiG – was hat es auf sich? Resümee	147
aa) „Einladung“ zu Gesetzesverstößen?.....	147

bb) Schaffung neuer Handlungsspielräume?	149
cc) Liberalisierung des Kapitalaufbringungsrechts – Einbußen am Gläubigerschutz?	151
dd) Verdeckte Sacheinlage und Glaubhaftigkeit der Signalsetzung	152
3. Die verdeckte Sacheinlage gemäß § 19 Abs. 4 GmbHG und das Hin- und Herzahlen nach § 19 Abs. 5 GmbHG. Zu den unterschiedlichen Rechtsfolgen beider Fallgruppen.....	154
 Viertes Kapitel - Wichtige Aspekte des Rechts der Kapitalerhaltung	159
 I. Inhalt und Zweck der Kapitalerhaltungsregeln.....	159
II. Ausgangspunkte einer verbotenen Auszahlung	162
1. Vermögensverminderung	162
2. Auszahlung an Gesellschafter	162
III. Geschütztes Gesellschaftsvermögen	163
1. Vermögensschutz nach § 30 Abs. 1 GmbHG	163
1.1. Gegenstand der Bindung	163
1.2. Vergleich mit der Vermögensbindung nach dem Aktienrecht	164
2. Vermögensschutz nach Art. 189 KSH	166
2.1. Umfang der Vermögensbindung nach Art. 189 § 1 und § 2 KSH.....	166
2.2. Sachlicher und zeitlicher Anwendungsbereich des Art. 189 § 1 und § 2 KSH	168
3. Aufgeld	174
3.1. Deutsches Recht	174
3.2. Polnisches Recht	174
4. Zinsverbot.....	177
IV. Behandlung bilanzneutraler Gesellschafter-Drittgeschäfte	178
1. Spannungsverhältnis zwischen dem Prinzip der Vermögensbindung und Gesellschafter-Drittgeschäften	178
2. Behandlung der Gesellschafter-Drittgeschäfte im deutschen Recht.....	180
2.1. Darlehensgewährung an Gesellschafter aus gebundenem Vermögen vor dem MoMiG. Das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 24. November 2003 .	180
a) Allgemeines.....	180

b) Entscheidungsgründe	182
c) Praktische Konsequenzen des Urteils des Bundesgerichtshofes vom 24. November 2003	183
d) Stellungnahme des Schrifttums	185
2.2. Darlehensgewährung an Gesellschafter aus gebundenem Vermögen nach dem MoMiG	188
a) Rückkehr zur bilanziellen Betrachtungsweise	188
b) Voraussetzungen zulässiger Darlehensvergabe	190
aa) Vollwertigkeit des Rückzahlungsanspruchs	190
bb) Drittvergleich	192
3. Behandlung der Gesellschafter-Drittgeschäfte im polnischen Recht	195
V. Erstattung von verbotenen Rückzahlungen	200
1. Erstattungsanspruch	200
1.1. Allgemeines	200
1.2. Schuldner des Erstattungsanspruchs	202
1.3. Form und Höhe der Erstattung	202
a) Befugnis zur Wahl der Erstattungsform	202
b) Erstattung nach deutschem Recht	205
c) Erstattung nach dem polnischen Recht	207
2. Wiederherstellung des Gesellschaftsvermögens nach der Auszahlung auf andere Weise als durch deren Erstattung. Wegfall des Erstattungsanspruchs?	208
2.1. Schilderung des Problems	208
2.2. Beständigkeit des Erstattungsanspruchs nach deutschem Recht	208
a) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes	208
b) Beständigkeit des Erstattungsanspruchs in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes. Anschließende Bemerkungen	210
2.3. Beständigkeit des Erstattungsanspruchs nach dem polnischen Recht	211
3. Haftung der Mitgesellschafter	212
3.1. Voraussetzungen der Haftung	212
3.2. Umfang der Haftung	214
a) Allgemeines	214
b) Deutsches Recht	214

c) Polnisches Recht	216
Fünftes Kapitel - Zusammenfassung.....	219
Literaturverzeichnis.....	225